

Aushubmaterialbörse

Anfrage

Im November 2009 kündigte der Kanton Waadt die Schaffung einer Aushubmaterialbörse an. Sie kann online abgerufen werden und steht den betroffenen Stellen der öffentlichen Hand sowie den Hoch- und Tiefbauunternehmen gratis zur Verfügung.

Die Frage des Aushubmaterials (30 bis 40 Millionen Kubikmeter pro Jahr in der Schweiz) stellt sich auch in unserem Kanton. Aus diesem Grund möchte ich die folgenden Fragen an den Staatsrat richten:

1. Kennt der Staatsrat das Waadtländer Modell? Wenn ja, wie beurteilt er es?
2. Ist er bereit, die Einführung einer solchen Börse im Kanton Freiburg zu prüfen?

18. März 2010

Antwort des Staatsrats

Börsen für unverschmutztes Aushubmaterial können ein interessantes Instrument sein, da sie die Wiederverwendung der Materialien fördern und die Suche nach adäquaten und möglichst nahe am Produktionsort gelegenen Einsatzorten vereinfachen. Solche Börsen stehen in Einklang mit der nachhaltigen Entwicklung, weil sie Transporte vermeiden, die Abfallmenge verringern sowie natürliche Ressourcen bewahren helfen und somit finanziell und ökologisch interessant sind.

Der Kanton Waadt hat im November 2009 eine Aushubmaterialbörse ins Leben gerufen. Ziel ist, die Materialien möglichst auf den Baustellen wiederzuverwenden, die in der Nähe der Abbaustellen gelegen sind. Auch wenn die ersten Befunde positiv sind, ist es noch zu früh, um wirklich Bilanz zu ziehen. Dem ist anzufügen, dass es im Kanton Freiburg unter dem Namen Soleva bereits eine Börse zur Darstellung des Angebots und der Nachfrage von Erde gibt. Sie entstand aus einer privaten Initiative heraus und wird von Privaten betrieben.

Über alles gesehen kann in Bezug auf die Bewirtschaftung des unverschmutzten Aushubmaterials im Kanton Freiburg festgehalten werden, dass die heutige Situation zufriedenstellend ist, da die kantonsweit in den Kiesgruben und Steinbrüchen verfügbaren Volumen ausreichen, um die Nachfrage der kommenden rund fünfzehn Jahre zu befriedigen: Laut der Erhebung von 2005 beträgt die Menge an unverschmutztem Aushubmaterial, das jedes Jahr gelagert werden muss, 600 000 m³. Dem gegenüber stehen rund 10 Millionen m³ für Rekultivierungen zur Verfügung. Dieses Gleichgewicht ist allerdings labil, da die Lage in bestimmten Regionen, in denen es kein Abbaugelände gibt, nicht ganz so günstig ist und da grosse Baustellen grosse Mengen an Aushubmaterial produzieren und so die ganze Planung durcheinanderbringen können.

Im Übrigen darf daran erinnert werden, dass es im Kanton Freiburg einen klaren Rahmen gibt für die Bewirtschaftung des unverschmutzten Aushubmaterials; dieser Rahmen wurde mit der Änderung vom 1. Januar 2010 des kantonalen Richtplans noch präzisiert. Die Prioritäten bei der Nutzung von Aushubmaterial und die Bedingungen für einen Einsatz auf Baustellen bzw. bei Terrainveränderungen sind klar definiert. Des Weiteren haben Aufschüttungen mit dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz (RBPBG), das ebenfalls

Anfang dieses Jahres in Kraft trat, einen öffentlichen Charakter erhalten, wodurch verhindert wird, dass Unternehmen unnötige Transporte durchführen müssen.

1. Kennt der Staatsrat das Waadtländer Modell? Wenn ja, wie beurteilt er es?

Der Staatsrat ist über das Waadtländer Modell im Bild. Er ist der Meinung, dass diese Börse durchaus interessant ist, doch will er zuerst die Ergebnisse der Zufriedenheitsumfrage abwarten, die der Kanton Waadt demnächst durchführen wird.

2. Ist er bereit, die Einführung einer solchen Börse im Kanton Freiburg zu prüfen?

Der Staatsrat ist der Meinung, dass im Kanton Freiburg die Rahmenbedingungen für eine rationelle und nachhaltige Bewirtschaftung des Aushubmaterials bereits gegeben sind. Ausserdem erachtet er es nicht als seine Aufgabe, bei der Schaffung von praktischen Instrumenten mitzuwirken, die die Bewirtschaftung dieses Materials verbessern oder erleichtern. Sollte sich aber zeigen, dass die bestehenden und allenfalls geplanten Börsen zu einer deutlichen Verbesserung der Situation beitragen, ist er bereit, diese genauer zu prüfen. Das Waadtländer Modell wird in diesem Rahmen evaluiert werden.

Freiburg, den 1. Juni 2010